

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Er erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreizehnpf. Petitzeile 1 Mr. Aufnahme nur bei vorheriger Gebührensensendung auf Postcheckkonto Nr. 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfrist Freitag

8. Bundesauschuß-Sitzung des ADOB.

Am 19. September trat der Bundesauschuß des ADOB in Dresden zusammen. Die Ausschusssitzung wurde nach Dresden einberufen, um den Vertretern der Verbände Gelegenheit zu geben, die Internationale Hygieneausstellung und das Hygienemusäum zu besichtigen. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war ein Referat des Vertreters für Gewerbehygiene beim Bundesvorstand, Dr. Meyer-Brodwitz, über das wir an anderer Stelle berichten. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildet ein Referat über die

„Volksfürsorge“.

Der Geschäftsführer dieses Unternehmens, Kollege Streine, schilderte die Entstehung, den außerordentlich günstigen Stand, die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten und die hohen sozialen und volkswirtschaftlichen Aufgaben dieses großen Instituts der Volksversicherung. Von den Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften im Jahre 1912 ins Leben gerufen — zur Beseitigung der Mißstände, die bis dahin bei der Volksversicherung einer Reihe weiterer Versicherungsgesellschaften bestanden haben und zur Rettung der von der Arbeiterkassette dort eingezahlten Gelder für Zwecke der Gemeinwirtschaft und von der Arbeiterkassette nahestehenden Institutionen — hat die Volksfürsorge unter weitestgehender Sicherung nach den strengen Vorschriften des Privatversicherungsgesetzes und der Vorschriften des Reichsaufsichtsamtes eine glänzende Entwicklung genommen. Steht sie doch nach der Zahl der bei ihr abgeschlossenen mehr als 2 Millionen Versicherungsverträge an erster und nach der vereinbarten Versicherungssumme in Höhe von mehr als 900 Millionen an dritter Stelle aller Lebensversicherungsgesellschaften. Ihr Vermögen beträgt zur Zeit 117 Millionen Mark. Davon sind unter anderem rund 67 Millionen in erstellten Hypotheken und 29 Millionen Mark an Gemeinden vorwiegend für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau angelegt und dienen so den Interessen der breiten Masse des Volkes. Den gewinnberechtigten Versicherern fließen die durch einen gut durchgebildeten Verwaltungsapparat und trotz günstiger Versicherungsbedingungen erzielten Ueberschüsse als Dividende zu. Deren Höhe betrug im letzten Jahre 30 Proz. bzw. 35 Proz. der eingezahlten Jahresprämie und wird mit den üblichen Zinsen bei Auszahlung der Versicherungssumme im Todesfall oder beim Erleben des natürlichen Abbaus des Versicherungsvertrages mit ausgezahlt. Die dafür den Versicherern zugeschriebene Summe beträgt gegenwärtig bereits 20 Millionen Mark, die ebenso wie die annähernd 90 Millionen Mark betragende Prämienreserve nebst den gesetzlich vorgeschriebenen und für besondere Situationen und unvorhergesehene Ereignisse gebildeten besonderen Reserven den Versicherern weitestgehende Sicherheit bieten.

Nebenher wurden die natürlichen Vorteile einer Lebensversicherung gegenüber den Geldanlagen bei Sparkassen, besonders auch unter Berücksichtigung der von der Volksfürsorge gewährten Gratisanfallversicherung durch Auszahlung der doppelten Versicherungssumme bei Unfalltod ausinandergesetzt und hervorgehoben, welche Garantien dafür bestehen, daß es einen Verfall der eingezahlten Prämien auch dann nicht gibt, wenn der Versicherte gezwungen ist, die Versicherung aufzuheben. Auch das Wesen und die Nachteile der sogenannten

Abonnementsversicherung wurden erwähnt. Eingehend schilderte Genosse Streine die Grundzüge und Praxis, die die Leitung der Volksfürsorge bei der Anlage der ihr durch die mehr als 2 Millionen Versicherten anvertrauten Kapitalien und bei der Festlegung der Zinsen für langfristige Gelder befolgt. Im Vordergrund steht das Interesse der Versicherten, indessen dürfen auch die notwendigen Rücksichten auf gemeinnützige Darlehensnehmer nicht aus dem Auge gelassen werden. Auch die im Fluße befindliche Aufwertung der vor der Inflation erfolgten Leistungen der Versicherten wurde zahlenmäßig belegt. Zum Schluß gab der Redner einen Ausblick auf die der Volksfürsorge noch bevorstehenden und von ihr vorbereiteten Aufgaben, durch die dem Volksganzen besonders gebient werden soll.

Ueber den Plan zur Gründung einer Holdinggesellschaft der Gewerkschaftshäuser

referierte Kollege Ernst Schulze als Vertreter des Bundesvorstandes. Er wies darauf hin, daß der Bundesauschuß, als die Frage der Holdinggesellschaft zuerst auf einer seiner Tagungen zur Sprache kam, den Bundesvorstand beauftragte, zunächst erst einmal die Zusammenfassung der Gewerkschaftshäuser vorzubereiten. Ein ähnlicher Wunsch wurde auch schon seit Jahren von den Vertretern der Volkshäuser geäußert, wenn auch ihrerseits nicht der Plan bestand, die Zusammenfassung in Form einer Holdinggesellschaft vorzunehmen. Bekanntlich ist die Mehrzahl der Volkshäuser schon seit Jahren in einer Arbeitsgemeinschaft vereint. Da die Arbeitsgemeinschaft wünschte, daß der Bundesvorstand ihre Zusammenschlußbestrebungen unterstütze, ist von seiner Seite die Arbeitsgemeinschaft planmäßig im Sinne der Schaffung einer Holdinggesellschaft beeinflusst worden. Grundfähig bestanden überhaupt nur zwei Möglichkeiten für die Zusammenfassung: 1. in Form eines eingetragenen Vereins (Beitragszwang, Revisionszwang, Abnahme des Organs), oder 2. in Form einer Holdinggesellschaft.

Entscheidend für die Wahl der Form konnte ausschließlich die Zweckbestimmung sein. Was sollte durch den Zusammenschluß erreicht werden? Den Vertretern der Gewerkschaftshäuser schwebte dreierlei vor: 1. durch Nachspruch des Bundesvorstandes alle Gewerkschaftshäuser zum Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft zu zwingen; 2. durch die Revisionskontrolle, die dann erfolgen könnte, eine korrekte Beitragsleistung durchzusetzen und 3. mit diesen Mitteln die Möglichkeit zu erhalten, einen besoldeten Leiter der Arbeitsgemeinschaft einzustellen. Nach Ansicht der Bundesvertreter war es unbedingt erforderlich, 1. das in den Gewerkschaftshäusern investierte Vermögen für die Gewerkschaften unangreifbar sicherzustellen; 2. eine ständige sachgemäße Kontrolle über die Gewerkschaftshäuser durch Revisionszwang ausüben; 3. darauf bedacht zu sein, alle erreichbaren steuerrechtlichen Vorteile sicher zu stellen und 4. eine juristische Körperschaft zu schaffen, die für alle Häuser, auch für neuzugründende Unternehmungen die alleinberufene Rechtsstelle sein kann.

Daß die Bundesvertreter gerade auf diese Zweckbestimmung mit solcher Entschiedenheit drangen, war das Ergebnis der Prüfung der tatsächlichen

Verhältnisse, die sie vorgenommen hatten. In den Gesellschaftsverträgen der bestehenden Unternehmungen herrscht heute ein buntes Durcheinander. Alle Gesellschaftsformen sind vertreten. Angefangen vom primitivsten eingetragenen Verein, der eingetragenen Genossenschaft, der G. m. b. H. bis zur offenen Handelsgesellschaft. Die ersten beiden Formen sind nichts anderes, als die Garantie für die laut Verzeichnis beim Amtsgericht eingetragenen Vereins- bzw. Genossenschaftsmitglieder, daß sie die Privateigentümer des Besitzes sind, obwohl in zahllosen Fällen die Gewerkschaften und andere Körperschaften die Anteile bezahlt haben. An einer Reihe von Beispielen bewies der Redner, wie anfechtbar oft der Inhalt der Treuhandverträge sei, wie groß die Gefahr, daß die Gewerkschaften ihres Besitzes verlustig gehen könnten.

Die Ueberführung der Arbeitsgemeinschaft in einen eingetragenen Verein würde noch keine Möglichkeit schaffen, die notwendige Revisionskontrolle auszuüben bzw. sie zu erzwingen. Ohne laufende Zwangskontrolle ist auch eine wirksame steuerrechtliche Betreuung nicht möglich. Daher kamen die Bundesvertreter zu dem Schluß, daß ein fester Zusammenschluß der Häuser nur dann einen wirklichen Wert habe, wenn die Gewerkschaftshäuser in eine besondere Dachgesellschaft aufgehen und der vorhandene Vermögensbesitz der neuen Gesellschaft effektiv übereignet wird.

Dieser Plan ist im September des vergangenen Jahres einer Konferenz von Geschäftsführern der Gewerkschaftshäuser und Vertretern der beteiligten Ortsauschüsse vorgelegt worden und fand bei der großen Mehrheit entschiedene Zustimmung.

Die Vorarbeiten sind jetzt zur Zufriedenheit abgeschlossen. Der Bundesvorstand hat daher in Verbindung mit der Treuhandgesellschaft, die bei der Arbeiterbank besteht, den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages ausgearbeitet. Der Bundesvorstand schlägt die Gründung einer Holdinggesellschaft vor, deren gesamtes Gründungskapital im Betrage von 50 000 Mark der Bundesvorstand übernimmt. Das ausschlaggebende Stimmrecht im Aufsichtsrat und in der Gesellschaftsversammlung muß selbstverständlich immer im Besitze des Bundesvorstandes bleiben.

Die Angliederung der Einzelunternehmen ist in der Weise gedacht, daß zunächst bei jedem anzugliedernden Unternehmen der Vermögensstand festgestellt, und als Uebernahmewert nur der Aktivwert genommen wird, der nach Abzug der Belastung verbleibt. Es sind außerdem noch einige andere Momente zu berücksichtigen, auf die hier nicht näher eingegangen zu werden braucht. Als Gegenwert für die Uebertragung gibt die Holdinggesellschaft dann für das festgestellte Aktivvermögen Aktien an die Ortsauschüsse bzw. die beteiligten Gewerkschaften. Eine Erhöhung des Gesellschaftskapitals kann entsprechend dem neueingebrachten Besitz jederzeit erfolgen.

Nicht übernommen werden können aus steuerrechtlichen und geschäftlichen Gründen die in den Häusern vorhandenen Restaurations- und Hotelgeschäfte. Sie müssen verpachtet werden, wobei man daran denkt, örtliche Betriebsgesellschaften zu gründen, welche die vorhandenen Unternehmungen in eigene Regie übernehmen.

Die vorjährige Konferenz hat ergeben, daß mindestens bei einer Anzahl von Gewerkschaftshäusern bestimmt damit zu rechnen ist, daß ihre

Uebnahme durch die Holdingsgesellschaft ohne Schwermigkeit erfolgen wird. Im ganzen wird der Angliederungsprozess selbstverständlich Jahre dauern. Der Bundesvorstand rechnet bei diesen Bemühungen auf die tatkräftige Unterstützung der Verbandsvorstände. Mit der Gründung der Holdingsgesellschaft wäre dann nicht nur ein Verwaltungsinstrument geschaffen, das zuständig ist für die Kontrolle und Sicherung des Vermögens der Gewerkschaften, sondern auch die Institution, ohne deren Mitwirkung an keinem Blage mehr neue Gewerkschaftsgründungen erfolgen dürfen.

Der Bundesauschuss stimmte dem Vorschlag des Bundesvorstandes, eine Holdingsgesellschaft mit einem Gründungskapital von 50.000 Mk. aus den Mitteln des Bundesvorstandes zu errichten, ohne Debatte einstimmig zu.

Darauf gab Grafmann den

Geschäftsbericht des Bundesvorstandes.

In einer schwierigen Lage befindet sich die Heimvolkshochschule Linz. Der nationalsozialistische Innenminister Fricke in Thüringen hat den Staatszuschuß für die Schule gestrichen. Die Streichung erfolgte zu Unrecht, da die Pflichten des Staates gegenüber der Schule auf Staatsvertrag beruhen. Deswegen wurde in der Angelegenheit eine Klage beim Staatsgerichtshof erhoben; inzwischen mußten Mittel zur Durchführung der Kurie bereitgestellt werden.

Vor kurzem ist die „Kreditanstalt für öffentliche Arbeiten“ ins Leben gerufen worden; in den Aufsichtsrat sind die Kollegen Leipart und Spließ eingetreten.

Die Zahl unserer Vertreter im Kuratorium des Instituts für Konjunkturforchung ist nach einer Vereinbarung mit dem Institut vermehrt worden; Vertreter sind die Kollegen Leipart und Eggert, Stellvertreter Georg Schmidt und Dr. Krons.

Streine, der den DGB bisher im Technischen Ausschuß der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene vertrat, ist aus diesem Amt auf seinen Wunsch ausgeschieden. Kollege Sachs ist an seine Stelle getreten.

Grafmann erinnerte an die Ablehnung des Gesetzes über den entgeltlichen Reichswirtschaftsrat im Reichstag und besprach die Lage, die dadurch für den Vorläufigen RWR entstanden ist, und erörterte die Möglichkeiten, die Frage der Schaffung des Endgeltlichen RWR, bald wieder in Gang zu bringen.

Auf Grund der Arbeiten eines zur Untersuchung der Tätigkeit der Bauparaffen eingeleiteten Arbeitsausschusses hat der Bundesvorstand sich veranlaßt gesehen, die Gewerkschaftsmitglieder vor der Beteiligung an solchen Bauparaffen dringend zu warnen.

An der Unterstützungsaktion zugunsten der hinterbliebenen der Opfer des Grubenunglücks bei Reurode hat sich der Bundesvorstand mit einer Gabe von 5000 Mk. beteiligt; der Betrag wurde dem

Bergarbeiterverband zur bestimmungsgemäßen Verwendung zur Verfügung gestellt. Für die Vereinnahmung der Kinderfreunde hat der Bundesvorstand einen Zuschuß von 1000 Mk. bewilligt.

Die Ueberfiedlung des Bureaus des IOB nach Berlin wird zum 1. April 1931 stattfinden. Die Vorbereitungen für die Ueberfiedlung sind eingeleitet. Die nächste Vorstandssitzung des IOB wird sich mit der Wahl des Nachfolgers Sassenbachs als Generalsekretär der Internationale zu beschäftigen haben. Der Kongress in Stockholm hat in den Ausschuß des IOB gewählt: Grafmann als ordentliches Mitglied und Aufhäuser als Stellvertreter. Im August hat in der Bundeschule die erste vom IOB veranstaltete internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder stattgefunden. Das Beisammensein währte eine Woche. Es hat einen guten Verlauf genommen und auf die Teilnehmer, die aus 13 Ländern nach Berlin gekommen waren, einen sehr günstigen Eindruck gemacht.

Grafmann besprach dann die durch die Wahlen entstandene Lage. Er begrüßte es lebhaft, daß die Gewerkschaften mit ihrem entschiedenen Eintreten für die Sozialdemokratie in erheblichem Maße zu dem für die SPD günstigen Wahlausgang beigetragen haben.

Diese Auffassung Grafmanns wurde in der Diskussion, in der wiederholt auf den Wahlkampf und sein Resultat eingegangen wurde, gebilligt. Ferner beschäftigten sich die Diskussionsredner mit den Angelegenheiten des IOB und seiner Ueberfiedlung nach Berlin.

Nach einem Schlußwort des Kollegen Grafmann wurde die Sitzung geschlossen.

Neue Wege in der Tarif- und Lohnpolitik.

Die heutige wirtschaftliche Entwicklung hinsichtlich der Arbeitsmethoden, bedingt durch die Rationalisierung, zwingt auf dem Gebiet der Entlohnung Anzeichen zu einer völligen, grundlegenden Aenderung im Aufbau unserer derzeitigen Lohnpolitik. Bisher galt als Norm- oder Eckposten in fast allen Verträgen der Lohn des gelernten Arbeiters. Man kann dies wohl als einen der jürrstischen Standpunkte, der sich in die überfrierende Zeit des Maschinenempos hinübergelassen hat, ansehen. Die Bestimmungen gehen nun dahin, das Heer der Arbeiter eines Betriebes nicht mehr wie bisher in Gelehrte, Angelernte und Ungelernte zu gliedern, sondern die Arbeitsverrichtungen innerhalb des Betriebes dem erforderlichen Können nach in Gruppen einzuteilen. Nehmen wir an, es erfolgt eine Einteilung in zehn Gruppen. Die erste Gruppe umfaßt alle Arbeiter, die für Reinigung und Sauberkeit im Betrieb zu sorgen haben. Die zweite, nur beispielsweise, Materialtransport. Die dritte, sagen wir Abheften oder Abschneiden des Materials. Die vierte Vorderbohren oder für unsern Beruf etwa Federleinen überlagern und so fort. Jede weitere Gruppe erfordert jeweils ein spezielles oder verantwortliches Können. Für jede dieser einzelnen

Gruppen soll nun ein Leistungslohn, der als Basis der Berechnung gilt, festgelegt werden. Von einer prozentualen Staffellung nach Jahresklassen will man Abstand nehmen. Zu dieser Ansicht, daß das Alter bezüglich der Leistung keine Rolle spielt, hat man sich ankehnend durchgerungen. Wir sehen, daß dieser Vorgang sich auf die kleinste Gliederung des Arbeitsprozesses ausbaut. Die Frage gelernt oder ungelernet ist überholt. Die Eignung für eine gewisse Arbeit ist das ausschlaggebende Moment. Eine drei- oder vierjährige Lehrzeit mit bestandener Gesellenprüfung wird nach dieser Hinsicht als vergebene Zeit zu betrachten sein. Ford sagt bereits in seinem Buch „Mein Leben und mein Werk“: „Es gibt in meinem Betrieb Arbeiten, die erfordern zwei Stunden Wartezeit. . . Soweit sind wir nun auch. Jede Arbeit ist in eine bestimmte Gruppe mit bestimmtem Leistungslohn eingeteilt. Wer sich dazu eignet und diese Arbeit verrichtet, erhält diesen Lohn. Ob der betreffende Arbeiter Schuster, Maurer oder gar nichts gelernt hat, danach wird nicht gefragt. Dieser Gruppen- oder Leistungslohn gilt nur für Arbeits- oder Vordragszahlungen. Bearbeitet wird in Gruppen- oder Kolonnenarbeit. Die Arbeitsblätter sind festgelegt, und die Arbeiter einer Gruppe oder Kolonne erhalten den über den Leistungslohn erstellten Akkorddienst prozentual nach ihrer Einstufung oder auch im jugenannnten Ausschüttungsverfahren gleichmäßig verteilt auszubezahlt.“

Wie stellen wir uns als Gewerkschaft zu dieser in Aussicht stehenden Lohnpolitik, mit deren Einführung zweifellos zu rechnen ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in den Kalkulationsbüros der Unternehmer mit mathematischer Genauigkeit bereits der finanzielle Erfolg dieses Vorhabens ausgerechnet wurde. Noch liegt eine genaue Einteilung der Gruppen nicht vor, aber wir geben wohl nicht fehl, wenn wir sagen, daß ein großer Teil der bisher unter der Rubrik „Gelehrte“ zu begabenden Arbeiter in Zukunft um ein Bedeutendes in ihrem Verdienst geschmälert werden. Wir geben auch zu, daß einige wenige Auserwählte eine Steigerung ihres Verdienstes erzielen werden; die große Masse jedoch wird zu kurz kommen. Weiter ist zu berücksichtigen, daß das unausbelebte Verleben der Arbeitskräfte fast immer mit einer Lohnveränderung verbunden sein wird. Der Willkür der Vorgesetzten, unliebsame Arbeiter in niedere Gruppen zu versetzen, ist Tür und Tor geöffnet. Der Fall wird eintreten, daß ein Arbeiter, in seinem Beruf beschäftigt, eine niedriger eingestufte Arbeit verrichten muß, die mit Lohnmühe verbunden ist, ohne auf den bis jetzt geltenden Satz des „Gelehrten“ Anspruch erheben zu können. Schließlich wird es dem Arbeiter am Zahltagsschluß nicht mehr möglich sein, vor lauter Lohnveränderungen seinen Verdienst nachzurechnen und begründete Reklamation vorzubringen. Dieses System, das im Gegenlag zu dem von einigen Unternehmergruppen, die in plumper Weise Lohnabbau fordern, in verschleierte diplomatischer Form dieses Ziel erreichen will, bedarf unserer ganzen Aufmerksamkeit. S. O.

Tiere, Sonnen und Atome.

Es ist ein schwieriges Unternehmen, eine so ungeheure Stofffülle, wie sie die Beschreibung des Kosmos und der gesamten Entwicklung in ihm enthält, in konzentrierter Form darzubieten, ohne in selbste Vollstümel zu verfallen oder sich in den Telegrammstil zu retten. Das Wissensgebiet, das Curt Bising in seinem jetzt bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, erschienenen Werte „Tiere, Sonnen und Atome“, aus der Entwicklungsgechichte der Welt und ihrer Bewohner, in Seinen 3 Bänden dem Leser entbreitet, ist sonst in einer gewaltigen Literatur niedergelegt, die sich auf zahlreiche Gessesprovinzen erstreckt. Diese Literatur schwillt von Woche zu Woche an, insbesondere durch die rapide Ausbreitung der experimentellen Vorerbungslehre, und die Ueberflut über den ganzen zusammenhängenden Entwicklungskomplex vom Atom bis zum Weltall mit allem, was es Lebendiges umschließt, ist mehr und mehr gefährdet. Seit haecel, Bötsche und Günther ist kein nennenswerter Verlust unterommen worden, die Entwicklungslehre in ihren familiären Unterabteilungen allgemeinverständlich darzustellen. Was bisher auf diesem Gebiet vorlag, schreite schon durch den mehrbändigen Umfang und den hohen Preis den Käufer ab. Dazu kam, daß die Naturwissenschaften sich seit Jahrzehnten in einer schweren Krise befinden, in der die Mehrzahl der alten Dogmen umgeworfen wurde. Die einfache Lösung der Weltkrise, an die man nach im Beginn dieses Jahrhunderts glaubte, erwies sich als falsche Rechnung, und vor allem zeigte sich, daß man zwar die von Lamarck und Darwin zuerst großzügig gesammelten Tatsachen, die der Entwicklungslehre zugrunde gelegt worden waren, annehmen durfte, nicht aber alle Schlußfolgerungen, die man aus ihnen gezogen hatte. Die Kant-Laplaceche Theorie von

der Entstehung der Himmelskörper erhielt einen ernsthaften Konkurrenten, und die von Huxel, der Stübe des Almeisters Darwin, aufgestellte Lehre von den Veränderungen auf der Erdoberfläche wurde durch die Wegenerische Kontinentalverschiebungstheorie stark in den Schatten gestellt. Sogar an der für unerschütterlich gehaltenen Stammbaumtheorie rüttelte die gut gewonnene Kritik, und so steht heute die Entwicklungslehre selbst, die einst so ein wenig endgültig erschien, mitten im Wirbel des Weiterwerdens.

Außer den großen Märgern, in denen das natürliche Geschehen von Urbeginn bis heute geschildert wird, existieren sonst meist nur kurze, kompensierte Abrisse, die mehr als Wiederholungstabellen nach Vortragstursen gedacht sind. Die ersten sind zu umfangreich, die letzten zu kurz. Die ausführlichen, lehrbuchmäßigen Werte sehen beim Leser schon ein fast fauchliches Interesse voraus, sie erfordern Fleiß und Geduld, bis man sich durch sie hindurchgearbeitet hat, und außerdem eine gewisse geistige Frische, die der Werttätige nach der Berufsarbeit des Tages nicht mehr aufzubringen vermag. Man kann seinem Arbeiter zumuten, daß er abends, müde und abgepannt, sich noch scharf auf ein breites ausgelegtes Wissensgebiet konzentriert, das auch für den Ausgeruhten keineswegs Unterhaltungslektüre darstellt. Und zum Werthältnis der Abrisse gehört bereits Vertrautheit mit dem Gegenstande; zur Einführung sind sie nicht geeignet.

Bising hat es geschickt verstanden, beide Klappen zu umfassen. Er vermehrt die fachgelehrte Breite ebenso wie die reizvolle Kürze des wissenschaftlichen Glaubensbittes, die den Kompensierten eigen sind. Er gibt keine lehrbuchmäßige Darstellung, sondern ladert die ganze Masse in Einzelsätze auf, deren jedes für sich allein gelesen werden kann, in sich abgeschlossen dieht und doch in den Reigen des Ganzen gestellt

ist. Man braucht dieses Buch nicht systematisch durchzuquaden, man kann es stappweise lesen und wird zum Schluß doch ein abgerundertes Bild erhalten. Natürlich müssen bei dieser Auswahl minder wichtige Dinge ausgemerzt werden, oft solche, die in den längeren Lehrbüchern eine bis ins einzelne gehende breite Darstellung finden. Aber gerade dieses Fortlassen alles dessen, was den Schwung der Linie abtscht, ist der Vorteil des Buches. Es werden nicht pedantisch alle Beweise ausgemalt, aber die Beweisemethodik wird genau angegeben, und damit wird Bings Buch zu einer Anregung für eigenes Nachdenken und Forchen. So ist es gelungen, ein Buch zu schaffen, das umfassend schildert, ohne zu beängstigen Dinge anzuschwellen, und kurz dazu, ohne daß nur Einzelbaten mechanisch an den Fingern hergezählt werden.

Natürlich geht es nicht ohne Polemik ab. Wie haben heute nicht mehr wie noch vor einem Menschenalter die Gläubigkeit in der Wissenschaft, die wir in der Religion die Aussprüche von Autoritäten bedingungslos hinnahm. Wir sind respektlos geworden, weil wir nicht in der Vergangenheit steckenbleiben wollen, und prüfen auch die repräsentablen Säulen auf ihre Tragfähigkeit. Bising versteht es, seiner Polemik die Lebendigkeit zu geben, die wissenschaftlichen Streit erst kämpfenswert macht. Natürlch das Buch des deutschen Wissenschaftlers wird oft unerträglich an Langerweile und — solchen Mantelren, wenn die gegenlästlichen Meinungen sachlich und persönlich aufeinanderprallen. Wenn Bising „anhakt“, geschieht das mit einem Humor, dem jede Bösartigkeit fehlt, ohne daß der Angriff dabei an Schärfe verliert. Und das ist vielleicht gerade das Wertvolle an Bings Buch. Solange eine Wissenschaft noch lächeln kann, ist sie jung und lebensfröh.

Die hohen Lebensmittelpreise bleiben.

Während die Ausgaben für Lebensmittel in den meisten Ländern infolge des Sinkens des allgemeinen Preisniveaus, der reichen Bekernung und der großen Vorräte an Lebensmitteln sich verminderten und deren weitere Ermäßigung erwartet wird, soll der deutsche Verbraucher nach Ansicht des Konjunkturinstituts an dieser Verbilligung der Lebensmittel im Wirtschaftsjahre 1930/31 nicht teilhaben. Verschlechterter Ernteausfall und Lieber- spannung der Vögel dürften es bewirken, daß die Ernährungskosten in Deutschland eine von der im Ausland abweichende Richtung nehmen. Insbesondere sind Erhöhungen der Preise für pflanzliche Nahrungsmittel vor allem für Roggen und für Roggenbrot mit Sicherheit zu erwarten. Für Weizen ist, wenn die im Gesetz vorgeschriebenen Höchstpreise eingehalten werden, nur mit geringen Preissteigerungen zu rechnen. Auch die Kartoffel- preise dürften anziehen. Das Fleisch werde sich da- gegen voraussichtlich verbilligen. Die Preisbewegung für Vorkerezeugnisse und Eier könne dagegen nicht übersehen werden, da hier die Preissteigerung von der Zunahme der Nachfrage abhängt, die nur auf Grund erhöhter Kaufkraft der Arbeitermassen entstehen kann. Dafür sind jedoch zur Zeit noch keine Anzeichen vorhanden. Wägt man die Verschieden- heiten der Tendenzen gegeneinander ab, so erscheint der Schluss berechtigt — schreibt das Konjunktur- institut —, daß die Konsumten bei den Ernährungs- kosten Ersparnisse kaum erzielen dürften.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschafts- bund im Jahre 1929.

Der „Gewerkschafts-Zeitung“ entnehmen wir nachstehenden Bericht:

Die Wirtschaftslage im Berichtsjahre, die sich in einer ungemein starken Beschäftigungslosigkeit aus- drückte, war der Entwicklung der Gewerkschaften nicht günstig. In solchen Zeiten schwerer Depression bildet die Werbetätigkeit der Gewerkschaften, während andererseits bei der zur Regel gewordenen monate- langen Arbeitslosigkeit für die davon betroffenen Mitglieder die Gefahr besteht, die Verbindung mit ihrer Gewerkschaft zu verlieren. In der schwierigen Wirtschaftslage gefellte sich dann noch das gewerkschaftsfeindliche Treiben der kommunizistischen Partei, die glaubte, diese schwere Zeit mit Zufühnahme der „Massenbewußten“ unorganierten mit Erfolg zu einem Sturmangriff auf die Gewerkschaften aus- nutzen zu können. Aber trotz der großen Arbeits- losigkeit und der verstärkten Aktion der gewerkschafts- feindlichen Elemente war es den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammenschließenden Verbänden nicht nur möglich, ihren Mitgliederbestand aufrechtzuerhalten, sondern sie konnten ihn noch weiter steigern. Freilich ist der Mitgliederzuwachs nur bescheiden und nicht vergleichbar mit dem sehr erfolgreichen Aufstieg des ADGB im Vorjahre. Die Ergebnisse der Mitgliederbewegung im Jahre 1929 können also keineswegs befriedigen.

Die Zahl der dem ADGB angeschlossenen Ver- bände betrug 35, sie hat sich gegen das Vorjahr nicht verändert. Die Verbände zählten zusammen 13 802 Zweigvereine (außer der Fluggewerkschaft, die nicht berichte). Die gesamte Mitgliederzahl betrug sich Ende 1929 auf 4 048 267 gegen 4 866 898 im Vor- jahre; es ist demnach ein Zuwachs von 81 869 Mit- gliedern erfolgt. Die Mitgliederbewegung bei den einzelnen Verbänden war jedoch nicht einheitlich. Ein Teil von ihnen, der mit besonders schwierigen Verhältnissen zu rechnen hatte, erlitt Mitglieder- verluste, während andere eine Mitgliederzunahme verzeichnen konnten.

12 Verbände hatten zusammen einen Verlust von 40 537, die übrigen einen Gewinn von 121 906 Mit- gliedern.

Erheblich günstiger als bei einem Vergleich der Jahresendzahlen stellt sich die Mitgliederentwicklung bei einer Betrachtung der Jahresdurchschnittszahlen dar. Hier weisen gegen das Vorjahr nur 6 Verbände zusammen den geringen Verlust von 9977 Mit- gliedern auf, während der Gesamtgewinn an Mit- gliedern 252 642 beträgt. Die Zahl der männlichen Mitglieder erhöhte sich um 191 721 = 5,1 Proz. und die der weiblichen um 10 462 = 1,5 Proz. Die Zahl der jugendlichen Mitglieder, die in der Statistik für 1929 mit 218 405 — gegen 167 946 im Vorjahre — ausgewiesen wird, bildet keine sichere Grundlage zur Beurteilung der tatsächlichen Entwicklung ihrer Zahl, da nicht alle Verbände, die jugendliche Mit- glieder haben, diese getrennt zählen. Im Berichtsjahr ist der Verband der Fabrikarbeiter bei diesem Nachweis mit 22 226 jugendlichen Mitgliedern neu hinzugekommen. Auch die Einnahmen und Aus- gaben der Verbände haben sich im allgemeinen im Berichtsjahre günstiger gestaltet, als bei der schwe- rigen Wirtschaftslage vorausgesetzt werden konnte. Es vereinnahmten die Verbände insgesamt 251 895 248 Mf. gegen 221 698 195 Mf. im Vorjahre. Im einzelnen sehen sich die Einnahmen aus folgen- den Posten zusammen:

Table with 3 columns: Item, 1929, 1928. Includes rows for Eintritte, Verbandsbeiträge, Ueberliche Beiträge, Ertragsbeiträge, Zinsen, Sonstige Einnahmen.

Von der insgesamt erzielten Mehreinnahme von 29 689 053 Mf. kommen auf Verbandsbeiträge allein 18 357 840 Mf. Sie ist jedoch weniger einer allge- meinen Erhöhung der Beiträge als vielmehr dem Umfange zuzuschreiben, daß sich der im Jahre 1928 erfolgte Aufstieg der Mitgliederzahlen erst im Be- richtsjahre in der Beitragsleistung voll auswirkte (vergleiche gestiegene Mitgliederzahl im Jahresdurch- schnitt). Auf jedes Mitglied kamen 1928 37,24 Mf. und 1929 39,06 Mf. an Verbandsbeiträgen. Die Steigerung je Mitglied ist demnach nicht erheblich. Ein gut Teil davon entfällt auf die höhere Beitrags- leistung durch Einführung der Invalidenunter- stützung. Auch die Einnahme an Sozialbeiträgen weist einen höheren Betrag als im Vorjahre aus, der im wesentlichen auf die Steigerung der Mit- gliederzahl zurückgeführt werden kann.

Die Gesamtausgabe betrug 202 944 077 Mf. gegen 189 363 911 Mf. im Vorjahre.

Table with 3 columns: Item, 1929, 1928. Includes rows for Unterstellungen, Arbeitstempel, Presse und Bildungs- wesen, Aktion und Organi- sation, Sonstiges, Verwaltung.

Die Ausgaben für Unterstellungen stieg um 24,3 Mil- lionen Mark, sie allein machte 42,8 Proz. der ge- samten Ausgaben aus. Die Kosten für die Arbeits- kämpfe gingen dagegen um 18,9 Millionen Mark zurück. In diesen beiden gegensätzlichen Erscheinun- gen kommt der Krisencharakter des Jahres 1929 am deutlichsten zum Ausdruck. Die Ausgabenposten für Presse und Bildungswesen, Agitation und Organi- sation und Verwaltung sind zwar auch gestiegen, doch nur in einem Umfang, der ungefähr dem der Er- weiterung des Aufgabentretens der Verbände und der Steigerung ihrer Mitgliederzahl entspricht. Der Ausgabenposten „Sonstiges“ verringerte sich etwas. — Von den Unterstellungsausgaben kamen im einzelnen auf:

Table with 3 columns: Item, 1929, 1928. Includes rows for Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, Invalidenunterstützung, Sterbefallunterstützung, Sonstige Unterstellungen, Rechtschutz an Mitglieder.

Bei allen Unterstellungen ist die Ausgabe ge- stiegen, am stärksten bei der Arbeitslosenunter- stützung, die 1929 allein reichlich die Hälfte der Ge- samtausgaben für Unterstellungen ausmachte. Unter dem Posten „Sonstige Unterstellungen“ befinden sich die Ausgaben für Reise-, Umzugs- und Reiseunter- stützung. Die Erhöhung der Ausgabe für Invaliden- unterstützung beruht im wesentlichen auf der ver- mehrten Einführung dieser Unterstützungsart bei den Verbänden.

Der Einkommensausfall als Folge der Arbeitslosigkeit.

Das Institut für Konjunkturforschung berechnete in seiner jüngsten Veröffentlichung den durch Ar- beitslosigkeit entstandenen Lohnausfall. Auf Grund der Verdienste, die die Arbeitslosen zuletzt bezogen haben, ergab sich im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres ein Lohnausfall von 1880 Millionen Mark, 260 Millionen mehr als im harten Winter des Vor- jahres, im zweiten Vierteljahr 1930 ein Lohnausfall von 1400 Millionen Mark, doppelt soviel wie im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die Größe des Lohnausfalls läßt sich ermessen, wenn man bedenkt, daß das gesamte Einkommen aller Arbeiter und Angestellten einschließlich der Beamten im ganzen Jahr 1929 etwa 45 Milliarden Mark betrug. Der Einkommensausfall bekommt um so größeren Gewicht, wenn man weiter berücksichtigt, daß die Einkommen an sich im Laufe der Entwicklung in- folge der wachsenden Zahl der Erwerbstätigen, der zunehmenden Produktivität der Wirtschaft usw. von Jahr zu Jahr steigen müßten. Von der Arbeits- losenverflechtung, Krisenunterstützung und Wohl- fahrtsrisiko wurden nur etwa zwei Fünftel des Lohn- ausfalls den Erwerbslosen zur Verfügung gestellt. Nur soweit wurde der Kaufkraftschwund der Ar- beiter ausgeglichen. Das Konjunkturinstitut stellt weiterhin fest, daß ein Ausgleich für den Lohnaus- fall der Arbeitslosen durch höhere Löhne der Be- schäftigten nicht erfolgte, da die Durchschnittsver- dienste seit dem Vorjahre sich nicht nennenswert ver- änderten. Dagegen ist das Konjunkturinstitut der Meinung, das Realeinkommen der gesamten Ar- beiterkraft sei durch die Verbilligung der Lebens- haltung etwas gestiegen, eine Annahme, die sich auf die Bewegung des amtlichen Lebenshaltungsindex

stützt, der von der Arbeiterschaft mit Recht zur Messung der Veränderungen der Lebenshaltungs- kosten als unzulänglich angesehen wird. Inwiefern schädigt das Konjunkturinstitut die angebliche Steigerung der Reallohne nur auf eine verhältnismäßig geringe Summe, auf 300, höchstens 400 Millionen Mark und betont, daß der Lohnausfall und damit der Kauf- kraftschwund infolge der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr durch eine Steigerung der Realin- kommen nicht ausgeglichen wurde.

Tätigkeitsbericht der ILL über die Jahre 1928 und 1929.

Der VII. Internationale Holzarbeiterkongress hatte anlässlich des Austritts des Kollegen C. Woudenberg, der zum Sekretär der Sozialdemokratischen Arbeiter- partei Hollands gewählt worden war, beschlossen, den Sitz der ILL nach Berlin zu verlegen. Zum Sekretär wurde Genosse Fritz Larnow, der Vor- sitzende des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, ge- wählt und erfolgte die Sitzverlegung des Sekre- tariats am 1. Januar 1930. Derselbe eröffnet nun- mehr im „Bulletin“ der ILL den Tätigkeitsbericht über die beiden letzten Geschäftsjahre. Das große Ereignis der Berichtsperiode war zweifellos der VII. Internationale Holzarbeiterkongress, der vom 25. bis 28. Juli 1929 in Heidelberg stattfand und mit der eindrucksvollen Feier des 25jährigen Bestehens der Internationalen Union der Holzarbeiter ver- bunden war. Auf dem Kongress selbst waren aus 16 Ländern, darunter zum ersten Male die Ver- einigten Staaten von Nordamerika und Kanada, 34 Verbände mit insgesamt über eine Million Mit- gliedern durch 60 Delegierte vertreten.

Zu den am 1. Januar 1928 beigetretenen Ver- bänden der Holzarbeiter in Madrid, der britischen Kistenmacher, der dänischen Korfkneider und der rumänischen Holzarbeiter gesellten sich am 1. Januar 1929 der Möbelarbeiter-Verband Neufeldens, die Föderation der Möbelarbeiter-Verbände Australiens und die Sektion der Sägewerksarbeiter vom Jugo- slawischen Allgemeinen Arbeiter-Verband.

Zum 1. Januar 1928 erklärte der Verband der Böttcher, Weintäfer und Hilfsarbeiter Deutschlands den Austritt, weil er sich mit dem Verband der Nahrungsmittelarbeiter verschmolzen hatte, während mit dem Anschluß der Föderation für das Möbel- gewerbe im australischen Staatenbunde am 1. Ja- nuar 1929 die Einzelmitgliedschaft des westaustra- lischen Verbandes erlosch. Ferner mußten Ende 1929 der britische Möbelarbeiter-Verband und der finnische Holzarbeiter-Verband ausgeschlossen werden, weil sie, entgegen dem vorerwähnten Beschluß des Heidel- berger Kongresses, ihre Gegenseitigkeitsverträge mit dem russischen Holzarbeiter-Verband nicht gelöst hatten.

Der zunächst aus demselben Grunde beschlossene Ausschluss des norwegischen Bauarbeiter-Verbandes konnte erfreulicherweise schon Mitte 1930 rückgängig gemacht werden, nachdem der Verband auf Grund eines Beschlusses seines Verbandstags alle Verbin- dungen mit den Russen abgebrochen hatte.

In diesem Zusammenhang sei noch darauf hin- gewiesen, daß in der finnischen Holzarbeiterbewe- gung sich ein starker Flügel herausgebildet hat, der die auf eine verhängnisvolle Isolation hinaus- gelaufene Politik des kommunizistisch verkehrten Ver- bandes entschieden ablehnt und nötigenfalls eigene Wege gehen wird.

Infolge der erwähnten Veränderungen gestalte- te sich die Zusammensetzung der ILL wie folgt: am 1. Januar umfaßte sie 43 Verbände mit insgesamt 1 055 942 Mitgliedern in 25 Ländern, am 1. Januar 1929 50 Verbände mit 1 024 818 Mitgliedern in 28 Ländern und am 1. Januar 1930 wiederum 48 Verbände mit 991 249 Mitgliedern in 25 Ländern. Die ILL hat heute Mitgliederbestände in vier Welt- teilen. In Europa umfaßt sie 19 der 28 Staaten. Ein Drittel ihrer Mitgliederzahl, nämlich 344 273, entfällt auf fünf außereuropäische Organisationen in sechs Ländern. (USA und Kanada haben eine ge- meinschaftliche Organisation.)

Vom Bulletin erschienen im Jahre 1928 acht Nummern (davon vier Doppelnummern) mit insge- samt 64 Seiten und im Jahre 1929 zehn Nummern (davon zwei Doppelnummern) mit insgesamt 48 Seiten. Dazu kommt für beide Jahre eine vier- seitige Bilderbeilage, 1928 zum Bericht über die Lage der Wald- und Holzarbeiter in Lateinamerika und Niederländisch-Indien, 1929 zum Bericht über den Heidelberger Kongress und die damit verbundenen Festlichkeiten. Auch der Bericht über den Ver- bandstag der amerikanischen Holzarbeiter in der Dezember-Nummer 1928 ist reichlich illustriert. Die Gesamtauflage der vier Ausgaben beträgt rund 6500 Exemplare.

Der Bericht bringt dann eine knappe allgemein gehaltene Uebersicht der hervorsteckendsten Momente der Lage und Tätigkeit der angeschlossenen Verbände in den Jahren 1928 und 1929. Die Fertigstellung des Kassenberichts hat sich infolge der Ueberleitungs- arbeiten etwas verzögert und dürfte in einer der nächsten Nummern des Bulletins nachgeholt werden.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Hermann Kube, der Kassierer des DGB, vollendete am 18. September d. J. sein 65. Lebensjahr. Neben diesem Amt, das er seit 27 Jahren bekleidet, vertritt Kube den DGB in einer Reihe von Körperschaften...

Erweiterungsbau des Dresdner Volkshauses. Am 20. September 1930 fand in Dresden die Einweihung des Neubaus des Dresdner Volkshauses statt. Im Frühjahr 1902 erwarb eine von der Dresdner Arbeiterchaft damit beauftragte Kommission das Hotel zum Schwan in der Ribbenberg- und Magistraße...

Die Organisation der Regier in den Vereinigten Staaten. Wenn auch noch verschiedene Mitgliedsorganisationen des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. of L.) der Aufnahme von Regern abhold gegenüberstehen, so muß doch zugegeben werden, daß sich die Meinung der A. F. of L. der Wichtigkeit des Problems und der Notwendigkeit der Zeit durchaus bewußt ist...

Rundschau

Ohne eigenes Bett. Aus einer Statistik des Volkswohlfahrtsamtes geht hervor, daß im Jahre 1928 von 24 163 Berliner Schulkindern, die man nach ihren Schlafverhältnissen gefragt hatte, 8274 ohne eigenes Bett waren. Es ist anzunehmen, daß bei der ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit sich diese Zahl in den letzten Jahren noch vergrößert hat.

Möbelmesse bei verschlossenen Türen. Wie wir der Westdeutschen Sattler-, Postler-, Tapezierer- und Dekorateur-Zeitung entnehmen, hatte der Fachbeirat der Südwestdeutschen Möbelmessen in seiner letzten Sitzung beschlossen, auf der Südwestdeutschen Möbelmesse vom 14. bis 17. September eine verschlossene Kontrolle durchzuführen. Es sollen nur die Inhaber von nicht ausstellenden Möbelabriken zum Besuch zugelassen werden...

Volkswohlfahrt in Oesterreich. Die Sozialdemokratische Partei in Verbindung mit den freien Gewerkschaften verlangt über den Weg des Volksbegehrens die Einführung der Alters- und Arbeitslosenversicherung. Nach dem Gesetz sind für das Volkswohlfahrt 200 000 Stimmen notwendig, und bei der Stärke der österreichischen Arbeiterbewegung be-

reitet es keine Schwierigkeiten, diese aufzubringen. Mit dem Volksbegehren selbst wird auch in Oesterreich der Kampf um eine neue Wirtschaftsgebarung und ein soziales System ausgekämpft.

Zum Fallissement der Berliner Lederwarenfabrik Julius Schloß teilt das „Berliner Tageblatt“ mit: „Die Passiven betragen ungefähr 400 000 Mk., während die in dem Status der Firma mit 71 000 Mk. angegebenen Aktiven tatsächlich minimal sind, da sich unter ihnen größere uneinbringliche Forderungen befinden. Angesichts der bei der Firma erkennbar gewordenen Mißwirtschaft haben die Gläubiger einen Vergleichsvorschlag abgelehnt. Daraufhin ist der Konkurs eröffnet worden. Die Aussichten für die Gläubiger sind recht traurig.“

Ernt fremde Sprachen!

Englisch-, Französisch- und Esperanto-Anfängerkurse beginnen in Kürze für Gleichgültige, die sich für das Wirken der Vereinigung „Die Freunde der Internationalen Kleinarbeit“ interessieren, nachdem die diesjährige Besuchstätigkeit zwischen Deutschland, England, Irland, Schottland, Frankreich, Belgien, Holland und Schweden außerordentlich erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Tausende besuchten die Veranstaltungen der Ortsgruppen in den einzelnen Ländern...

Im den Kreis derer zu erweitern, die da mit-helfen wollen, wirklich praktische internationale Kleinarbeit zu leisten, werden Genesungsfreunde eingeladen, an den neuen und bestehenden Kursen sich rege zu beteiligen. Deutsch wird soweit wie möglich vermieden. Ein illustriertes Lehrbuch und große Wandbilder gestalten den Unterricht interessant. Jeder Teilnehmer lernt in verhältnismäßig kurzer Zeit frei sprechen, um sich im darauffolgenden Jahr entweder in dem betr. Lande mit den Freunden zu unterhalten, oder aber, um die erworbenen Sprachkenntnisse auch hier praktisch verwenden zu können im Kreise unserer ausländischen Freunde, die sich allwöchentlich während der Sommermonate im Gewerkschaftshaus mit deutschen Fremdsprachlern treffen.

Die Nachmittagskurse laufen von 18 bis 20 Uhr, die Abendkurse von 20 bis 22 Uhr im Zentrum der Stadt. Der Unterrichtsbeitrag bleibt unverändert. „Der Pionier“ bzw. „The Pioneer“, das zweisprachige Organ der Fremda, steht Interessenten zur Verfügung.

Anmeldungen für Kurse und Korrespondenz-austausch werden umgehend erbeten an die Geschäftsstelle Berlin SW 19, Kurstraße 32, am Spittelmarkt. (Genosse W. Floerte.) Telefon Merkur 2198. Allen Anfragen sollte ein Freiumschlag beigelegt werden.

Winterreisen der Naturfreunde.

Der Winterpost hat in den letzten Jahren auch unter der Arbeiterschaft eine immer größere Anhängererschaft gefunden. Mit Recht legen viele unserer Kollegen ihren Urlaub in die Winterzeit, um der gesunden aller Sportarten halben zu können. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ - Reisebureau - veranstaltet auch in diesem Winter wiederum einige Gesellschaftsreisen in die wintertliche Gebirgswelt, und zwar führen dieselben nach Rißbüel, vom 23. Dezember 1930 bis 3. Januar 1931, dem Skiparadies Tirols, ins Riesengebirge (eine Eisfahrt vom 24. Dezember 1930 bis 1. Januar 1931 und eine Gesellschaftsfahrt vom 25. bis 28. Dezember 1930) und in die Sächsisch-Böhmische Schweiz, gleichfalls vom 25. bis 28. Dezember 1930. Von Rißbüel aus werden für fortgeschrittene Skiläufer Tagesfahrten in die herrliche Bergwelt Tirols unternommen. Für Anfänger ist ein Skiturier geplant. Die Skifahrt ins Riesengebirge führt hauptsächlich in den böhmischen Teil. Die Gesellschaftsfahrt führt zu den schönsten Punkten des Riesengebirges. Die Fahrt in die Sächsisch-Böhmische Schweiz führt nach Schmiltla, und von hier zu den Schrammsteine, Prebichtor usw. Alles Nähere ist aus dem Anfang Oktober erscheinenden Sonderprospekt ersichtlich, der auf Wunsch durch das Reisebureau des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Berlin N. 24, Johannisstraße 14/15, zugesandt wird. (Rückporto.)

Bücherchau

30 Jahre Weiblich der deutschen Bäder- und Kurbäderbewegung. Von Fritz Wehler, herausgegeben vom Verband der Bäder- und Kurbäderbetriebe, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3, 2 Bände, 800 Seiten, Preis 8 Mk. Bei dem Zusammenbruch der Nahrungsmittelarbeiterverbände an einer Einheitsorganisation wurde beschlossen, den Genossen Fritz Wehler mit der Anfertigung der Verbandsgeschichte zu beauftragen. Diese Arbeit liegt nunmehr in 2 Bänden vor, lieber die Geschichte der Bäder- und Kurbäderbewegung wurde erstmals vom früheren Verbandsvorstand Dr. Mann ein umständliches Werk herausgegeben. Die jetzige Arbeit ist somit als Fortsetzung zu betrachten und beschäftigt sich in der Darstellung mit den Vor-

gängen auf dem Gebiete der Brotenerzeugung während und in der Nachkriegszeit, mit dem großen Mangel um die Befestigung der Nacht- und Sonntagarbeit und den später folgenden Verbesserungen im Unternehmerrlager, diese unerschöpfliche Arbeitsweise wieder einzuführen. Dadurch gewinnt das Weiblichwert auch für die der Gemeinschaft fernstehende Kreise größere Bedeutung, für den Weiblichwert selbst und besonders für alle jene, die sich über die Nahrungsmittelarbeiterorgane wehren, den Kriegsjahre und in der ersten Nachkriegszeit mit einem in die Hand der Verfasser trug in stetiger Arbeit sehr wertvolles Material zusammen. Für die Berufsgenossen selbst ist das Buch zum Kaufe gegen die Nacht- und Sonntagarbeit zweifelslos das Beste. In einer erschöpfenden Darstellung wird der mühevollen Kampf der Bäder- und Kurbäderbetriebe gegen die Verbesserungen in der Nachkriegszeit zur Wiederherführung der Nacht- und Sonntagarbeit. Erst daraus kann zu sehen werden, welche unerhörten Anstrengungen bis jetzt notwendig waren, um den Anschlag der Reaktion auf diese wertvolle Kulturereignisse abzuwehren.

In der letztgenannten Kleinarbeit verrichten viele tausende gewerkschaftlich organisierte Bäcker- und Konditoreiarbeiter in den frühesten Morgenstunden Betriebskontrollen. Tausende von Bäckerweibern müssen in Strafe genommen werden, weil sie immer wieder verstoßen, das Schutzeis zu sabotieren. Das auch buchstäblich ganz vorzüglich ausgebildete Weib (Kuebner, Gumburg) gehört auf den Weiblichwert eines jeden organisierten Bäckers und Konditors. Es sollte in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen, denn hier wird nicht nur der wirtschaftliche Aufstieg einer unter den traurigsten Weibern das ärmsten Arbeiterviertel dargestellt, sondern auch gelehrt, wie dennoch in jedem Ringen der Weg zu sonnigeren Seiten beschritten werden konnte.

„Internationale Auschau der Arbeit“ kann zum Preise von 1,50 Mk. je Heft, im Jahresbezug (12 Hefte) 15,- Mk., zunächst Porto durch den Buchhandel oder unmittelbar vom Internationalen Arbeitsamt, Zweigamt Berlin NW 40, bezogen werden. Das oben erwähnte Septemberheft enthält interessante Abhandlungen über „Bolschewismus und Goldhandel in Großbritannien“ - ferner über die Struktur der polnischen und französischen Landwirtschaft im Zusammenhang mit der Auswanderungsfrage.

Weiter enthält das Heft wieder zahlreiche Rundschauen, von denen insbesondere auf die Überlebens- und Schicksalsgeschichten in Sowjetrußland, die Arbeitslosigkeit, die Arbeitszeit und Böhne und den internationalen Austausch junger Arbeiter hingewiesen sei. Ferner enthält das Heft Unterlagen über die internationale Ein- und Auswanderung. Der historische Teil bringt Überlebens- und Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern sowie über die Weiblichen der Lebenshaltungsklassen in den wichtigsten Ländern der Welt.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 29. September bis 6. Oktober ist der 40. Wochenbeitrag fällig.

Pflichtliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Berichtskarten über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am Schluß des 3. Quartals 1930 einleuchten.

Wir erlauben alle Ortsverwaltungen, die fälligen Berichtskarten bis spätestens zum 8. Oktober einzuheften.

Der Hauptvorstand.

Dem reisenden Mitglied Erich Boden, Buch Nr. 7453, sind am 11. September in Glogau für 8 Tage 9,- Mk. ausgezahlt worden, jedoch hat der Kassierer vergessen, dies ins Mitgliedsbuch einzutragen. Der Dristaffierer, bei dem sich Boden demnach meldet, wird ersucht, ihm den Betrag ins Mitgliedsbuch einzutragen.

Aus Stuttgart wird uns mitgeteilt, daß ein gewisser Friedrich Wroff, geb. am 20. Januar 1889, angibt, er habe sein Mitgliedsbuch verloren, jedoch bereits bei der Hauptverwaltung Erlang angefordert. Wir teilen allen Verbandsfunktionären mit, daß diese Angaben auf Unwahrheit beruhen.

Der Hauptvorstand.

Veranstaltungskalender

Braunschweig. In der nächsten Mitglieder-versammlung spricht Genosse Rodenstein über „Die Gefahr des Faschismus für uns Gewerkschaftler.“ Anschließend daran wird eine Mitgliedsbuchkontrolle durchgeführt. Die Mitglieder sind verpflichtet, ihre Bücher bzw. Karten in der Zeit vom 15. bis 31. Oktober an die Untertassierer abzugeben.

Braunschweig. Die nächste Jugendversammlung findet am 8. Oktober im neuen Versammlungssaal unserer Jugendgruppe, im „Augustiner“, Auguststr. 11, statt. Beginn abends 7 1/2 Uhr. Wir erlauben die Kollegen, die mit Gehilfen zusammenarbeiten, für diesen Jugendabend Propaganda zu machen.

Der Vorstand.

Gera. Freitag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, Monatsversammlung bei „Ständel“, Harboursstr. 6. Tagesordnung: Bericht von den Erfurter Tarifverhandlungen für das Tapezierergewerbe im Freistaat Thüringen.

Gera. Treffpunkt der Jugendgruppe jeden Montag, 20 Uhr, im Jugendheim, De-Smit-Str. 61.

Die Ortsverwaltung.

Magdeburg. Am Freitag, dem 3. Oktober, abends 8 Uhr, Monatsversammlung bei Brunow. Die Kollegen, deren Mitgliedsbücher resp. -karten noch nicht kontrolliert worden sind, werden gebeten, dieselben mitzubringen.

Der Vorstand.